

# Freiheit für Kurdistan

## Für Arbeitereinheit und Sozialismus

Die 3 von israelischen Sicherheitskräften in Berlin erschossenen und 16 verletzten kurdischen Demonstranten in Berlin sind Opfer gnadenloser staatlicher Gewalt. Israel geht mit solchen Methoden gegen die Palästinenser vor, türkische Armee und Polizei behandeln so Kurden und Oppositionelle, die USA bombardieren irakische Zivilisten, um ihren abtrünnigen Provinzführer Saddam Hussein zu bestrafen. Das ist staatlich gedeckter Mord.

Die europäischen Regierungen, vor allem die deutsche, haben sich geweigert, ihren Verbündeten Türkei zu Verhandlungen mit den Kurden zu bewegen. Für sie ist der grausame Krieg mit über 30.000 Toten das geringere Übel. Sie haben sich geweigert, den PKK-Vorsitzenden Öcalan in Europa aufzunehmen. Sie haben eine Situation herbeigeführt, in der türkische Geheimpolizisten Öcalan mit aus Kenia entführen konnten. Jetzt appellieren sie, Öcalan möge einen "fairen Prozeß" bekommen. Vor vier Jahren wurde die kurdische Politikerin Leyla Zana allein wegen kritischer Worte im Parlament zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Nach Auffassung des EU-Menschenrechtskommission ist das "Staatsicherheitsgericht" der Türkei ein militärisches Sondergericht zur Aburteilung von politischen Gegnern.

Für die Kriegstoten, für 3000 zerstörte Dörfer, Unterentwicklung, Armut und Millionen Flüchtlinge ist alleine der türkische Staat verantwortlich. Vor ein Gericht gehören die Armee- und Polizeioffiziere, die Politiker, die Angehörigen der rechtsextremen Mörderbanden und der Mafia sowie die Waffenhändler und Helfershelfer aus der europäischen Politik.

Der Frieden für Kurdistan und die Türkei ist so fern wie nie. Das Verfahren gegen Öcalan wird die Spannungen zwischen TürkInnen und KurdInnen in der ganzen Türkei und Europa verschärfen. Die europäischen Regierungen haben dies zumindest in Kauf genommen, wenn nicht sogar aktiv unterstützt. Ihre Angst vor dem Selbstbestimmungsrecht eines Volkes und der Demokratie ist groß. Sie wollen einen Nahen Osten, der von treuen Verbündeten kontrolliert wird. Die Wut der kurdischen Demonstranten ist absolut verständlich. Sie sind von allen Seiten betrogen worden. Wir verurtei-

len das Vorgehen der deutschen Polizei und die Abschiebungs-Drohungen von Innenministers Schily. Alle Versuche der kurdischen Befreiungsbewegung, Unterstützung bei bürgerlichen Politikern zu finden, sind gescheitert. Der Guerilla-Krieg in Kurdistan steckt militärisch in einer Sackgasse. Der Weg nach vorne für die kurdische Bewegung ist nicht der Übergang zu Bombenanschlägen in der Westtürkei und Europa. Dies würde die PKK weiter isolieren und den europäischen Staaten einen Anlaß für noch stärkere Unterdrückung bieten. Eine Aufopferung durch Selbstverbrennung wird die Bewegung nicht vorwärtsbringen, denn die Regierungen und Mächtigen lassen sich nicht vom Leiden der Menschen beeindrucken.

Die mächtigste Kraft der Bewegung sind die vielen Millionen Menschen, die für ein freies, sozialistisches Kurdistan kämpfen. Sie können die Brücken bauen zu den ArbeiterInnen und armen Bauern in der Türkei, zu den ArbeitnehmerInnen und der Jugend in Europa. Eine wichtige Initiative wäre es, wenn die kurdischen Organisationen einen Appell an die deutschen Gewerkschaften, die ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen machen und gemeinsame Aktionen vorbereiten. Wir fordern die DGB-Gewerkschaften, die PDS und alle linken Parteien und Antifaschisten auf, gegen die antikurdische Propaganda Stellung zu nehmen und Aktionen zur Solidarität mit dem kurdischen Volk zu organisieren.

Die SAV kämpft für:

- ★ Freilassung von Abdullah Öcalan – es kann kein faires Gerichtsverfahren durch die Unterdrücker geben
- ★ Schluß mit dem Krieg in Kurdistan. Für den Rückzug der türkischen Streitkräfte. Volles Selbstbestimmungsrecht für das kurdische Volk
- ★ Aufhebung des Verbots der PKK und aller kurdischen Organisationen in Deutschland
- ★ Keine Abschiebungen. Bleiberecht für alle
- ★ Für einen gemeinsamen Kampf der kurdischen und der türkischen ArbeiterInnen und Bauern für voll demokratische Rechte und Arbeiterinteressen
- ★ Für ein sozialistisches Kurdistan und eine sozialistische Türkei als Teil einer Föderation sozialistischer Staaten des Nahen Ostens

# SAV

## Sozialistische Alternative

SAV, Hansaring 4, 50670 Köln, Tel. 0221-134504, Fax 0221-137280, e-mail: savbund@aol.com